

"Schwierige Geburt des EWS" in La Libre Belgique (6. Dezember 1978)

Legende: Am 6. Dezember 1978, kurz nach dem Europäischen Rat von Brüssel, berichtet die konservative Tageszeitung La Libre Belgique über die schwierige Geburt des Europäischen Währungssystems (EWS) und fragt nach dessen Zukunft.

Quelle: La Libre Belgique. 06.12.1978, n° 340; 95e année. Bruxelles: Edition de la Libre Belgique S.A. "Naissance difficile pour le S.M.E.", p. 1; 5.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/schwierige_geburt_des_ews_in_la_libre_belgique_6_dezember_1978-de-13efe5ea-77f4-48cf-bb93-302a4fdf4e5a.html



Publication date: 06/07/2016

Schwierige Geburt des EWS

Eigentlich hatte man geglaubt, am Dienstagabend ein mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge vergleichbares Ereignis feiern zu können, das in Europa nach der Zollunion den Beginn der Währungsunion eingeläutet hätte. Stattdessen gingen die Staats- und Regierungschefs einigermaßen verschnupft auseinander.

Das Europäische Währungssystem ist noch nicht einmal geboren, da zeigen sich schon erste Risse.

Zwar wird das Währungssystem zum 1. Januar des nächsten Jahres eingeführt werden, jedoch haben sich lediglich sechs Länder – die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Dänemark und die drei Beneluxstaaten – zur Teilnahme bereit erklärt. Angesichts des Widerstandes gegenüber ihren finanziellen Forderungen haben Italien und Irland eine Überlegungsfrist bis zur nächsten Tagung des Rates der Finanzminister am kommenden 18. Dezember erbeten. Des Weiteren hat Großbritannien seine Entscheidung offiziell noch nicht bekanntgegeben, es wird jedoch kaum bezweifelt, dass es nicht die Absicht hat, dem Währungssystem zum 1. Januar beizutreten.

Halber Misserfolg oder halber Erfolg?

Die Frage des Mitteltransfers, der im Abkommen von Bremen vorgesehen ist, blockierte Dienstagnachmittag die Arbeiten des Europäischen Rates, nach hartem Feilschen um die wirtschaftlichen Maßnahmen, die parallel zur Einrichtung des EWS zu ergreifen sind, um ein wirtschaftliches Gleichgewicht zu erzielen und zu große Verzerrungen zwischen den Partnern zu vermeiden. Mit diesem Aspekt hatten sich die Experten vorher kaum beschäftigt, sondern sich auf den Inhalt und die Funktionsweise des EWS konzentriert.

Zu Recht forderten die weniger begüterten Länder vom Rat Entscheidungen über die Erhöhung der Mittelzuwendungen für bestimmte Instrumente, von denen man sich einen wirtschaftlichen Ausgleichseffekt verspricht. Für den Regionalfonds forderten sie die Erhöhung der Finanzausstattung ab dem Haushalt 1979, gemäß dem vom Europäischen Parlament eingebrachten Änderungsvorschlag. Darüber hinaus verlangten sie jedoch die Gewährung von Zinsvergütungen für bestimmte Darlehen mit Europabezug und die Schaffung eines noch zu definierenden Instruments, nicht zur Finanzierung von Einzelprojekten (wie durch die „Ortoli-Fazilität“), sondern eines Gesamtplans für Raumordnung und Infrastrukturmaßnahmen.

Großbritannien steuerte zusätzlich eine Debatte über die zukünftige Ausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik und über die Ausgewogenheit der Beteiligungen an den gemeinsamen Ausgaben bei.

Diese Parallelmaßnahmen waren es, die am Dienstagnachmittag zur Verschlechterung des Verhandlungsklimas führten. Der bemühte Optimismus am Ende des ersten Arbeitstages schlug in eine verkrampfte Atmosphäre um.

Dieser halbe Misserfolg bedeutet nicht lediglich, dass die „Währungsschlange“ einen neuen Partner erhält (Frankreich). Das zukünftige EWS geht nämlich viel weiter als das alte System, das nichts weiter als ein Wechselkursmechanismus war. Somit werden die Optimisten die Sitzung des Europäischen Rates vielleicht sogar als halben Erfolg bezeichnen wollen, denn das EWS wird eingeführt werden und kann vielleicht einen wirtschaftspolitischen Prozess auslösen, von dem die Beteiligten hoffen, dass er in zwei Jahren unumkehrbar sein wird. Aber die Umstände, unter denen die Arbeiten des letzten Europäischen Rates dieses Jahres zu Ende gegangen sind, lassen eine solche Auslegung kaum zu ...

Wie dem auch sei, es steht außer Zweifel, dass Deutschland und Frankreich in den nächsten Wochen im Hinblick auf die nächste Tagung des Finanzministerrates keine Mühe scheuen werden, um zumindest Italien und Irland zur Teilnahme zu bewegen, ohne dabei auf Lösungen zurückgreifen zu müssen, die allesamt Nachteile aufweisen. Großbritannien wird dem EWS auf jeden Fall erst sehr viel später beitreten und der Rat hat bereits die Mechanismen entwickelt, die die Beziehungen Großbritanniens zu den EWS-Ländern regeln.

Ein bewegter Tag

Der Montag ging für die in Brüssel versammelten Staats- und Regierungschefs erst sehr spät zu Ende. Sie trennten sich erst gegen halb drei Uhr nachts, nachdem sie sich über die Funktionsweise des neuen EWS sowie über die Interventionsmodalitäten der Zentralbanken im Falle von Kursdivergenzen einer Währung des Systems geeinigt hatten. Allerdings blieben noch verschiedene, nicht gerade unwichtige Punkte offen, und um diese anzugehen, trafen sie sich nochmals am Dienstagmorgen im Charlemagne-Gebäude.

Sofort zu Beginn der Sitzung war festzustellen, dass etwas nicht ganz rund lief und dass die Anwesenden weit davon entfernt waren, sich auf gleicher Wellenlänge zu bewegen. War es die Müdigkeit? Es hakte insbesondere bei der Frage des Mitteltransfers an die weniger reichen Länder in der EWG, das heißt Italien und Irland, da es schon als gesichert galt, dass Großbritannien dem EWS nicht von Anfang an beitreten würde.

So verlangte zum Beispiel Italien ein auf fünf Jahre gestaffeltes „Darlehenspaket“ von insgesamt 1,8 Milliarden Ecu. Das war doppelt so viel, wie Bundeskanzler Schmidt anbot. Die Forderung löste eine sehr entschlossene Reaktion seitens Frankreich aus: Giscard d'Estaing entgegnete, dass es nicht angehe, die Finanzen seines Landes aus dem Gleichgewicht zu bringen, um zwei weitere Länder zum Beitritt zu bewegen. Der französische Präsident fügte hinzu, dass dieser Beitritt ein Akt politischen Willens und wirtschaftlicher Abwägung sein müsse.

Nach diesem ziemlich heftigen Schlagabtausch wurde die Sitzung unterbrochen und Giscard d'Estaing und Andreotti trafen sich unter vier Augen. Zu diesem Zeitpunkt schloss man in den Kulissen die Möglichkeit einer Nichtteilnahme Italiens und Irlands nicht mehr aus. Somit hätte das EWS nur aus sechs Ländern der EWG bestanden.

Daraufhin fand ein letzter Kompromissversuch statt, indem der Rat Italien und Irland einen Kredit von 5 Milliarden ECU aus den Mitteln der Europäischen Investitionsbank anbot. Dieser Kredit zu einem Zinssatz von 5 % sollte auf fünf Jahre verteilt sein. Hinzu könnten die beiden Länder zusätzliche Kredite aus europäischen Haushaltsmitteln in Höhe von insgesamt einer Milliarde ECU verteilt auf fünf Jahre erhalten.

Die italienische und die irische Delegation baten daraufhin darum, vor einer endgültigen Antwort zuerst ihre Regierungen konsultieren zu dürfen, und verurteilten den Rat damit zu höchst gespannter Untätigkeit, die bis zur Drucklegung dieser Ausgabe noch anhielt.